

Überparteiliche Kandidatur als Ziel

Alpnach Einen möglichen Nachfolger für Karl Vogler im Nationalrat fand die CSP bislang nicht. Daher möchte sie sich dafür einsetzen, dass CVP, FDP und SP einen Mittekandidaten suchen.

Romano Cuonz
redaktion@obwaldnerzeitung.ch

«Bei der Wahl eines neuen Obwaldner Nationalrats diesen Herbst ist die Ausgangslage ähnlich wie 2011 bei der Wahl von Karl Vogler», hielt Kantonalpräsident Sepp Stalder an der CSP-Jahresversammlung in Alpnach fest. Und er betonte: «Karl Vogler ist nicht von der CSP, sondern von einem überparteilichen Komitee aus CVP, FDP und SP als starker und qualifizierter Kandidat der Mitte auf dem Schild gehoben worden.»

Die CSP allein hätte nie einen Anspruch auf einen Sitz in Bern gehabt. Damals sei es dem Mitte-Links-Bündnis darum gegangen, die Wiederwahl des amtierenden SVP-Nationalrats Christoph von Rotz abzuwenden. Bei den heurigen Parlamentswahlen gelte es wohl erneut, der SVP die Stirn zu bieten. «In unseren Reihen konnten wir niemanden finden, der oder die zu einer Kandidatur bereit wäre», führte Stalder aus. Deshalb werde die CSP baldmöglichst mit CVP, FDP und SP Kontakt aufnehmen, um mit ihnen überparteilich nach einer Person zu suchen, die in Bern die Anliegen der ganzen Obwaldner Bevölkerung und nicht nur jene einer einzelnen Partei vertreten könne.

Zum letzten und zum ersten Mal

Die grosse Leistung, die Nationalrat Karl Vogler im Parlament erbringe, sei landesweit – und



Sie hatten sich einiges zu erzählen: Nationalrat Karl Vogler, Parteipräsident Sepp Stalder und Regierungsrat Christian Schäli (von links).

Bild: Romano Cuonz (Alpnach, 27. März 2019)

auch über Partegrenzen hinweg – anerkannt, lobte Stalder, als er seinem Partekollegen zum letzten Mal das Wort für einen Bericht gab. Vogler habe sich als Kommissions- oder Fraktions sprecher in zahlreichen Geschäften eingebracht und dabei stets für Werte, welche die CSP vertreibt, eingesetzt. Einige Geschäfte, mit denen er sich intensiv befasst hatte, waren: Verbesserung des Schutzes vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, die Änderung des bäuerlichen Bodenrechts, die Totalrevision

des CO2-Gesetzes oder die Revision des Bundesgerichtsgesetzes. Vorstöße, die er einreichte, gingen von der Förderung der Wasserdurchflutung über den Abschluss der Ausbildung von abgewiesenen Asylsuchenden bis hin zum Monitoring für den Insektenbestand in der Schweiz. Als Mitglied des Fraktionsvorstandes und zweier wichtiger Kommissionen hatte er viele öffentliche Auftritte und Repräsentationsaufgaben zu bestreiten.

Zum ersten Mal zog an dieser Versammlung Christian Schäli

als neuer Bildungsdirektor Bi lanz. Obwalden dürfe sich schweizweit im Bildungsbereich durchaus sehen lassen, hielt er fest. Fakten dazu: 99 Prozent aller Schülerinnen und Schüler finden nach der obligatorischen Schulzeit Anschlusslösungen, die Lehrabschlussquote beträgt 95 Prozent. Und: in Sachen Jugend arbeitslosigkeit weist Obwalden mit 0,6 Prozent gar den tiefsten Wert der Schweiz auf.

Sorgen bereiten Schäli Änderungen, die sich aus der Obwaldner Budget-Krise ergeben:

die Abschaffung der Bildungskommission oder des Bildungstages, der 2019 (heute) letztmals stattfindet. Als wichtige Ziele nannte Schäli die Überprüfung der Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen oder eine verstärkte Unterstützung des Leistungssports.

Die CSP pflegt reges Parteileben

Dass die CSP Obwalden – zurzeit mit einem Regierungssitz, dem Nationalratsmandat und einer achtköpfigen Kantonsratsfraktion – im Kanton und partiintern überaus aktiv ist, ging aus detaillierten Berichten des Präsidenten Sepp Stalder und verschiedener Ortsvertreterinnen und -vertreter hervor. Fraktionschefin Helen Keiser-Fürer berichtete aus dem Kantonsrat. Im Parlament habe sich die CSP-Fraktion mehrfach mit Interpellationen eingebracht: Zuletzt etwa zur «Wegweisung von zwei eritreischen Lehrlingen» oder auch dafür, dass es keine automatische Verlängerung des «Mietvertrags Flugplatz Kägiswil» gibt.

Mit Bedauern stellte Helen Keiser-Fürer fest, dass heute im Kantonsrat eine zunehmende Polarisierung gute Kompromisse schwierig mache. Die Versammlung bestätigte Sepp Stalder als Parteipräsident auf ein weiteres Jahr. Neu im kantonalen Vorstand der CSP mitarbeiten werden die Kantonsratsmitglieder Silvia Zbinden aus Sarnen und Hanspeter Scheuber aus Kerns.

Er sorgt bald im Wald für Ordnung

Nidwalden Ruedi Baumgartner, Chef der Nidwaldner Kriminalpolizei, unternimmt per 1. Dezember einen aussergewöhnlichen Karrierewechsel. Der 45-Jährige, der seit 2012 an der Spitze der Kripo steht, wird neuer Nidwaldner Wildhüter. Dies geht aus einer Meldung der Staatskanzlei hervor.

Der heutige Wildhüter Hubert Käslin trete nach fast 20 Jahren im Dienst per Ende Jahr seinen wohlverdienten Ruhestand an, heisst es weiter. Ruedi Baumgartner sei ein erfahrener Jäger und Schweishundeführer und kenne sich zudem hervorragend auf dem Kantonsgebiet wie auch auf Gesetzesebene aus. Wir fragten den Hergiswiler, was ihn am neuen Job besonders reizt.

Was hat Sie zum Karrierewechsel bewegt?

Ruedi Baumgartner: Es war ganz und gar kein Entscheid gegen meinen jetzigen Job. Aber die Stelle als Wildhüter ist eine einmalige Chance für mich, Beruf und Hobby zu vereinen. Die Jagd hat mich von Kindesbeinen an fasziniert, seit 2016 besitze ich den Fähigkeitsausweis und seit 2017 habe ich einen eigenen Schweishund namens Airo. Da ich wusste, dass Hubert Käslin Ende Jahr pensioniert wird, habe ich die Möglichkeit mit meiner Familie intensiv besprochen und mich dann ordentlich beworben.

Wird bereits nach einem Nachfolger für Sie gesucht?

Die Stelle als Kripochef wird in den nächsten Wochen öffentlich ausgeschrieben.

Worauf freuen Sie sich besonders?

Vor allem auf die Arbeit im Freien. Heute verbringe ich etwa 95 Prozent meiner Arbeitszeit im Büro. Dagegen werde ich wohl die Einblicke in spannende Fälle, die ich als Kripochef gewonnen habe, und die Zusammenarbeit mit «meinen» Mitarbeitenden einen Moment lang vermissen.

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den zwei Tätigkeiten?

Die jagdpolizeilichen Aufgaben werden mich sicher an meine Arbeit bei der Polizei erinnern. Sorge ich jetzt für Ruhe und Ordnung in der Öffentlichkeit, werde ich mich bald für Ruhe und Ordnung im Wald und während der Jagdzeit einsetzen (lacht). (fhe)

Nidwaldner | Obwaldner Zeitung

Verleger: Peter Wanner.
Leiter Publizistik: Pascal Hollenstein (pho).

Ombudsmann: Rudolf Mayr von Baldegg,

r.mayr.vonbaldegg@mvb-biel.ch.

Geschäftsführer: Jürg Weber und Dietrich Berg.

Werbemarkt: Stefan Bai und Paolo Placa.

Lesemarkt: Bettina Schibli und Christine Bolt.

Adresse: Maihofstrasse 76, Luzern, Telefon 041 429 52 52.

Redaktion: Nidwaldner Zeitung/Obwaldner Zeitung (146. Jahrgang Nidwaldner Volksblatt, 33. Jahrgang Nidwaldner Tagblatt); Markus von Rotz (mvr, Redaktionsleiter); Oliver Mattmann (om, Stv. Redaktionsleiter); Philipp Unterschütz (up, Leiter Büro Sarnen); Franziska Herger (fhe); Martin Uebelhart (mu); Matthias Piazza (map, red. Mitarbeiter).

Redaktionsleitung: Cyril Aregger (ca, Leiter Sport); Robert Bachmann (bac, Leiter Redaktion Entwicklung Digital); Sven Galli (sg, Leiter Gestaltung); Lukas Nussbaumer (nus, stv. Leiter Regionale); Sasa Rasic (ras, Leiter Zentralschweiz am Sonntag); Arno Renggli (are, Leiter Gesellschaft und Kultur); Harry Ziegler (haz, Chefredaktor Zuger Zeitung).

Ressortleiter: Hans Gruber (hag, Leben); Regina Gruber (reg, Apero/Kino); Lene Horn (len, Foto/Bild); Robert Kobel (rk, Stadt/Region); René Leupi (le, Sportjournal); Maurizio Minetti (min, Wirtschaft); Alexander von Däniken (avd, Kanton); Dominik Weingartner (dw, Ausland).

Adresse Nidwaldner Zeitung: Obere Spichermatt 12, Postfach 748, 6371 Stans.

Redaktion: Telefon 041 618 62 70, E-Mail: redaktion@nidwaldnerzeitung.ch, Hauptredaktion Luzern: Telefon 041 429 51 51, E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch

Abonnemente und Zustelldienste: Telefon 041 429 53 53, Fax 041 429 53 83, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch

Billettvorverkauf: Telefon 041 618 62 70.

Adresse Obwaldner Zeitung: Brünigstrasse 118, Postfach 1553, 6061 Sarnen.

Redaktion: Telefon 041 662 90 70, E-Mail: redaktion@obwaldnerzeitung.ch, Hauptredaktion Luzern: Telefon 041 429 51 51, E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch

Abonnemente und Zustelldienste: Telefon 041 429 53 53, Fax 041 429 53 83, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch

Anzeigen: CH Regionalmedien AG, Obere Spichermatt 12, 6371 Stans, Telefon 041 429 52 52, Fax 041 429 59 69, E-Mail: inserate@lzmedien.ch

Technische Herstellung: LZ Print/NZZ Media Services AG, Maihofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 62 52, Fax 041 429 52 89.

Aboabrechnung: Print und Digital: Fr. 44.– pro Monat oder Fr. 488.– pro Jahr; Digital Plus: Fr. 33.– pro Monat oder Fr. 368.– pro Jahr; Digital: Fr. 14.50 pro Monat oder Fr. 145.– pro Jahr (inkl. MWST).

Die irgendwie geartete Verwertung von diesem Titel abgedruckten Anzeigen oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoss wird gerichtlich verfolgt.

Eine Publikation der

ch media

Regierung will Wettbewerbsfähigkeit bei den Steuern stärken

Nidwalden Der Regierungsrat beschliesst die Steuerreform 2020 und setzt die Vorgaben der Steuervorlage auf Bundesebene, über die im Mai abgestimmt wird, um.

Mittels des Bundesgesetzes zur Steuerreform und die AHV-Finanzierung (Staf) soll die unterschiedliche Besteuerung von in- und ausländischen Unternehmensgewinnen von Holding- und Verwaltungsgesellschaften durch die Kantone beseitigt werden. Die Reform hat laut einer Mitteilung des Regierungsrates zum Ziel, die OECD-Standards zur Bekämpfung schädlicher Steuerwettbewerbe umzusetzen.

Die Vernehmlassungsantworten zur Vorlage zeigten, dass diese – mit wenigen Ausnahmen – von den politischen Parteien, Gemeinden, Verbänden und Organisationen begrüßt und unterstützt wird. Weitere Vorschläge würden teilweise zu erheblichen zusätzlichen Steuerausfällen führen, welche vorwiegend aus finanziellen Gründen nicht berücksichtigt werden könnten, so die Regierung.

Ersatzmassnahmen für die Kantone

Mit gezielten und international akzeptierten Ersatzmassnahmen soll die internationale Konkurrenzfähigkeit der Kantone erhalten bleiben. Dazu gehören unter anderem, Patentbox-Erträge aus Lizenzentnahmen

steuerlich zu entlasten, der Überabzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, die Dividendenbesteuerung mindestens zu 50 Prozent im Teilbesteuerungsverfahren, individuelle Senkungen der Gewinnsteuersätze sowie die Entlastungen der Gemeinden und Städte. Das Resultat der eidgenössischen Referendum abstimzung vom 19. Mai bleibe selbstverständlich abzuwarten und sei zu respektieren, hält der Regierungsrat fest.

Trotzdem wolle er bereits heute die geplante Umsetzung der Steuervorlage im Kanton Nidwalden beschliessen, um insbesondere gegenüber Inves-

toren und Unternehmen im In- und Ausland die (Spitzen-)Position zu bekräftigen, respektive im interkantonalen und internationalen Steuervergleich zu erhalten und weiter auszubauen. Die Umsetzung beinhaltet unter anderem die Abschaffung der Steuerprivilegien für Holding- und Verwaltungsgesellschaften, eine Senkung der Gewinnsteuer auf insgesamt 11,97 Prozent netto (inklusive Bund).

Inbegriffen sein soll auch die maximale steuerliche Entlastung der Patententräger – aus der bereits eingeführten Patentbox – um 90 Prozent. Dagegen wird auf die zusätzliche Entlastung von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen verzichtet. Die Entlastung bei der Dividendenbesteuerung bleibt unverändert bei maximal 50 Prozent.

Die Regierung setzt zudem auf die attraktivste Besteuerung von Kapitalleistungen aus der beruflichen Vorsorge sowie einen finanziellen Ausgleich für die Gemeinden durch die Erhöhung der Gewinn- und Kapitalsteueranteile juristischer Personen

Kurzfristig Mindereinnahmen erwartet

Die Senkung insbesondere der Gewinnsteuersätze für Kapitalgesellschaften dürfte kurzfristig zu Mindereinnahmen führen, schreibt die Regierung weiter. Mit dem Wegfall der Privilegien für Holding- und Verwaltungsgesellschaften und der Erhöhung des Anteils an der direkten Bundessteuer seien aber auch namhafte Mehrerträge zu erwarten. Mit diesen Mehreinnahmen könne das strukturelle Defizit des Kantons auf ein vertretbares Niveau gesenkt werden. Die Regierung ist überzeugt, dass mit der vorliegenden Steuergesetzrevision die Standortattraktivität gewahrt beziehungsweise verbessert werden kann. (pd/mu)



Mit der vorliegenden Steuergesetzrevision will Nidwalden seine Standortattraktivität verbessern.

Bild: Manuela Jans-Koch



Ruedi Baumgartner freut sich auf mehr Arbeit im Freien.

Bild: Pius Amrein (Stans, 28. 3. 2019)